

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0 2 9 7 / 2 0 2 4 / B V

Datum:
16.01.2025

Federführung:
Dezernat III, Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie

Beteiligung:

Betreff:
C02-Budget für die Stadt Heidelberg

Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität	29.01.2025	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität	19.03.2025	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	09.04.2025	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität empfiehlt dem Gemeinderat auf die Einführung eines CO₂-Budgets für die Stadt Heidelberg aufgrund der methodischen Komplexität und fehlender praktischer Relevanz zu verzichten.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• keine	
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
• keine	
Folgekosten:	
• keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Berechnung eines Kohlenstoffdioxid (CO₂)-Budgets auf kommunaler Ebene hängt stark von wissenschaftlichen Annahmen und Methodiken ab, die mit Unsicherheiten verbunden sind und für Fachfremde schwer nachvollziehbar sind. Eine Verlinkung zum Digitalen Klimaschutzplan wird daher nicht befürwortet. Anstelle einer abstrakten CO₂-Budgetberechnung sollte die Stadt mit handlungsorientierter Kommunikation die Bevölkerung zu mehr Klimaschutz motivieren.

Begründung:

1. Ausgangslage

Mit dem Antrag „CO₂-Budget“ (0006/2024/AN) von Bündnis 90/Die Grünen wurde die Verwaltung gebeten, ein Tool zur Kalkulation des CO₂-Budgets der Stadt Heidelberg zu beauftragen, auf der Plattform ClimateOS eine entsprechende Verlinkung bereitzustellen und den Budget-Denkansatz kommunikativ gut zu begleiten und zu erläutern.

Die Auswirkungen der Emissionen von CO₂ und weiteren Treibhausgasen (unter anderem Fluorkohlenwasserstoffe und Methan) auf das Klima und die durchschnittliche Temperatur der Erde sind wissenschaftlich belegt und berechenbar. Der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) hat auf Basis von Berechnungen zahlreicher wissenschaftlicher Institute ein globales CO₂-Budget ermittelt. Dieses definiert die Menge an Treibhausgasemissionen, die weltweit noch freigesetzt werden darf, um die im Pariser Klimaabkommen festgelegte Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius (°C) zu erreichen. In Deutschland gibt es bisher keine gesetzlichen Vorgaben auf Landes- oder Bundesebene sowie keine Empfehlung vom Deutschen Städtetag, ein solches CO₂-Budget auf kommunaler Ebene umzusetzen.

2. Bewertung des CO₂-Budget-Ansatzes

Komplexität der Berechnungen und Abhängigkeit von Annahmen:

Die Berechnung des globalen CO₂-Budgets ist stark von verschiedenen Annahmen abhängig. Diese betreffen insbesondere die verwendete Methodik der Klimamodelle, das Bezugsjahr, sowie das angestrebte Klimaziel (zum Beispiel 1,5°C, 1,75°C oder 2°C maximale mittlere Erderwärmung). Bei sehr komplexen Systemen wie dem Wetter und dem Klima ist es unvermeidbar, dass hierbei keine exakten Ergebnisse ermittelt werden, sondern Eintrittswahrscheinlichkeiten für die Einhaltung der gewählten maximalen mittleren Erderwärmung. Es werden Eintrittswahrscheinlichkeiten von 17%, 33%, 50%, 67% oder 83% für die Berechnungen verwendet. Die gewählten Klimaziele und Eintrittswahrscheinlichkeiten führen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen für das verbleibende CO₂-Budget.

Darüber hinaus enthält die aktuell verwendete Bilanzierungssystematik Kommunal (BISKO) nicht alle Emissionsbereiche, die für die umfassende Berechnung des CO₂-Budgets notwendig wären. Dazu gehört die Bilanzierung der Sektoren Konsum, graue Energie und Landwirtschaft, deren Datenbeschaffungsaufwand unverhältnismäßig hoch und zum Teil unmöglich ist. Aus diesem Grund wenden auch andere Städte diese Methode nicht an. Eine Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen ist aktuell nicht gewährleistet, da bei der Berechnung des CO₂-Budgets keine einheitlichen Kriterien zugrunde liegen.

Der Klimaentscheid Heidelberg hat das vom IPCC für die verschiedenen Klimaziele (1,5°C, 1,75°C oder 2°C maximale Erderwärmung) und verschiedene Eintrittswahrscheinlichkeiten ermittelte weltweite Budget in ein kommunales CO₂-Budget der Stadt Heidelberg umgerechnet, entsprechend dem Anteil der Einwohnerzahl Heidelbergs an der Weltbevölkerung. Daraus wurde dann, auf Basis von Schätzungen zum künftigen CO₂-Ausstoß, berechnet, wann das kommunale Budget der Stadt Heidelberg aufgebraucht sein wird. Die große Spannweite der Ergebnisse zeigen die Tabellen in Anlage 01.

Kommunikative Herausforderungen:

Der Stadt Heidelberg ist es wichtig, Klimaschutzmaßnahmen in konkreten Projekten umzusetzen und durch ein breites Angebot an Förderprogrammen und Beratungsangeboten zu den verschiedenen

Handlungsfeldern im Klimaschutz Akteurinnen und Akteure für Klimaschutzmaßnahmen zu motivieren.

Aufgrund der Komplexität der verschiedenen Szenarien und Annahmen wird das CO₂-Budget als kommunikativ schwer vermittelbar angesehen. Der Ansatz des CO₂-Budgets entspricht nicht den Kommunikationsstrategien von Bund, Land und Städtetag und könnte in der Bevölkerung eher zu Verwirrung führen.

3. Schlussfolgerung und Empfehlung

Das globale CO₂-Budget ist über die Internetseiten des IPCC verfügbar und das kommunale Budget der Stadt Heidelberg ist über die Internetseiten des Klimanetz-Heidelberg, dem der Klimaentscheid Heidelberg angehört, verfügbar.

Die Verwaltung hält es für geboten, auf eine Verlinkung vom Digitalen Klimaschutzplan zum CO₂-Budget aufgrund der oben genannten Gründe zu verzichten.

Stattdessen wird die Verwaltung weiterhin auf konkrete, handlungsorientierte und positiv kommunizierte Klimaschutzmaßnahmen setzen, die für die Bevölkerung klar verständlich sind und zum Handeln anregen.

Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen

keine

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes		
Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
UM4	+	Klima- und Immissionsschutz vorantreiben
Begründung:		
Die Verwaltung verfolgt eine motivierende Akteursbeteiligung im Klimaschutz.		
2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:		
Keine		

gezeichnet
Raoul Schmidt-Lamontain

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung:
01	Screenshots der verschiedenen Berechnungen des CO ₂ -Budgets